

Rede zum Amtswechsel der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur – Verabschiedung von Ulrike Poppe und Amtseinführung von Maria Nooke am 19. September 2017 im Landtag Brandenburg; Werner Schulz

Gegen das Vergessen

Der Schriftsteller Jurek Becker schrieb in seinem Roman „Bronsteins Kinder“:

„dass man sich von Ereignissen, die aus dem Gedächtnis entfernt werden sollen, zunächst ein möglichst genaues Bild machen muss. Und dies gelte erst recht für Erinnerungen, die man bewahren will. „

Wir Deutschen – zwangsläufig und leidvoll erfahren mit der Geschichtsaufarbeitung und mit dem Hang zu Komposita – haben dafür das Wort Erinnerungskultur kreiert. Im Volksmund ist der Slogan: Vergeben, Vergessen, Vorbei geläufig. Er mag, wenn es denn wirklich so einfach ist, für die Überwindung persönlicher Traumata oder familiärer Konflikte geeignet sein. Für die Aufarbeitung einer totalitären Diktatur taugt er nicht.

Seit der Antike – seit dem Friedensschluss zwischen Athen und Sparta 404 Jahre vor Christus – waren Kriege und Bürgerkriege mit der Forderung verbunden alles Schreckliche was geschehen war zu vergessen. Manchmal wird sogar um des Friedens willen die Erwähnung von Untaten unter Strafe gestellt. Das Prinzip des „Vergebens und Vergessens“ war auch nach gewaltsamen Umstürzen verbreitet. Die Versöhnung der Konfliktparteien sollte dadurch geschehen, dass alte Gräben geschlossen wurden. Eine solche Amnestieformel befindet sich z. B. im Saarvertrag von 1956. Niemand sollte wegen seiner in der Vergangenheit in der Saarfrage eingenommen Haltung belangt werden. Selbst Körperverletzung fiel unter diese Amnestie. Erst die monströsen Verbrechen der Nationalsozialisten haben den Gedanken an Amnestie und Vergessen ausgeschlossen. Die Geschichtsforschung zum Dritten Reich wurde das deutsche Modell – sozusagen die DIN-Norm – für die Aufarbeitung und Erinnerungskultur schlechthin.

Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur hat gezeigt, dass die Forderung nach einem Schlussstrich eine Illusion ist: Vergangenheitsaufarbeitung ist ein fortdauernder Prozess. Dass gilt auch für die zweite, die kommunistische Diktatur auf deutschen Boden. Allerdings hat die friedliche Revolution die Gewohnheit durchbrochen, dass dem Ende einer Diktatur kurze und blutige Säuberungen folgen. Was wiederum als Nebenwirkung zu einem milden Umgang mit den vormals Herrschenden geführt hat. Das erklärt auch die geringe Strafverfolgung.

Kaum einen der verantwortlichen Systemträger und Nomenklaturkader wurde ein Haar gekrümmt. Die meisten kamen ungeschoren davon. Erich Honecker sollte kein zweites Mal in den Brandenburger Knast. Die Höchststrafe lautete HaNeu. Eine Plattenbauwohnung in Halle-Neustadt. Stasi in den Tagebau, nicht in den Bau war die Devise. Das diese Forderung infolge des Wirtschaftsbankrott und der plötzlichen Arbeitslosigkeit schon wieder ein Privileg sein könnte war nicht absehbar. Die Stasi war zwar nicht mehr Schild und Schwert der Partei, doch durch die inszenierte und leidenschaftlich geführte IM-Debatte noch immer Schild für die eigentlichen Auftraggeber. Heute sind es nicht mehr die Verstrickungen von damals, sondern das Verschweigen und Verleugnen die Anstoß erregen. Es waren ja nicht nur die Inoffiziellen Mitarbeiter die willfährig berichtet haben. Das fing bereits früh an. Schon wenn man schreiben konnte waren vom Pionier Gruppenrat Berichte über die Stimmung in der Schule und über die Mitschüler gefragt. Das lückenlose Berichtswesen erstreckte sich von den Straßen- und Hausvertrauensleuten, den Abschnittsbevollmächtigten bis zu den Kaderleitern, Gewerkschafts- und Parteisekretären. Die SED-Führung hatte Brechts Empfehlung sich nach dem Volksaufstand vom 17. Juni ein neues Volk zu wählen in den Wind geschlagen und nach Wandlitz abgesetzt. Stattdessen entschied man sich für die Infiltration der gesamten, misstrauisch beäugten Gesellschaft.

Heute mangelt es nicht an Publikationen und Erkenntnissen über die Machtstrukturen, Zustände und Repressionen in der DDR. Dennoch hält sich die Sehnsucht nach der „Guten alten“ Zeit. Oft werden die Verhältnisse rückwirkend nach dem Motto betrachtet: „Es war nicht alles schlecht“. Hat die weit verbreitete Ostalgyssi zur Meinung geführt: „Es war sogar vieles besser!“ Werden zum Zweck der Selbstentlastung Mythen, Lügen und Legenden verbreitet. Im Gegensatz zum Geschichtsbild des Nationalsozialismus und Faschismus, in dem die Verbrechen und Verantwortung nicht mehr bestritten werden, sind die Details und Zusammenhänge – die Wirkungsgeschichte des Kommunismus – noch immer umstritten und längst nicht geklärt. Oder wie Erich Loest sagen würde: „Die Geschichte qualmt noch!“

Betrachtet man eins der aus dem Boden schießenden DDR-Museen, die jährlichen Trabbi-Paraden oder Storys der Super Illu, dann erscheint die DDR als ein groteskes „Kuriositätenkabinett“. Zum prusten komisch, wie das „Ende der Sonnenallee“, „Good bye Lenin“, „Helden wie wir“ oder „Kundschafter des Friedens“. Nicht die materiellen und seelischen Schäden oder die aufreibenden Alltagserlebnisse erweisen sich als literarisches Erfolgsrezept, sondern das befreiende Lachen. Die Komödie verdrängt das Drama. Thomas Brussig hat über seine Jugend in der DDR geschrieben: „Es war von vorn bis hinten zum Kotzen, aber wir haben uns prächtig amüsiert.“

Ein Vergnügen, dass die Insassen der Jugendwerkhöfe oder die Gefangenen im gelben Elend in Bautzen oder den Zellen in Brandenburg, Cottbus oder Hoheneck nicht hatten. Auch in etlichen Betrieben, Wohnquartieren, Krankenhäusern und Altersheimen verging einem das Lachen.

Selbst die ständige Fluchtgefahr wird heute im nach hinein zum billigen Witz. Zum Beispiel mit der Frage: Warum die Mauer nie verputzt wurde? Weil sich zu viele für den Außenputz gemeldet hätten. Zum Stichwort DDR würde angeblich in 100 Jahren bei Wikipedia stehen: „Kleines zänkisches Bergvolk am Rande des Chinesischen Reiches.“ Das sind die typischen Witze des Eulenspiegels. Schade nur, dass man nicht schon zu DDR Zeiten den Mut zum politischen Witz hatte und bloß billigen Spott zum Westen brachte. Damit solcher Unsinn nicht die Tatsachen verbiegt und die Satirepartei weiter an Zulauf gewinnt ist ein klares Geschichtsbild erforderlich. Denn die DDR war von Anfang an eine Lüge mit drei Buchstaben. Keine demokratische Republik, sondern ein Demagogisches Diktatur Regime. Es galt Walter Ulbrichts Weisung: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles im Griff haben!“

Mit aller Macht und Gewalt sollte eine kommunistische Gesellschaftsordnung aufgebaut werden. Genauso wie die aus dem Moskauer Exil und den überlebten Parteisäuberungen heimgekehrten Mitglieder der Gruppe Ulbricht sie kannten. Und so wurde die politische Neuordnung Ostdeutschlands schrittweise als stalinistisches Herrschaftssystem durchgesetzt. Ein totalitärer Machtanspruch unter dem Schirm der sowjetischen Besatzungsmacht. Im Zuge des offen und brachial vorangetriebenen Aufbaus des Sozialismus kam es zur rücksichtslosen Umformung nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche nach sowjetischem Vorbild. Tausende, die den neuen Machthabern dabei im Wege standen, wurden inhaftiert. Etliche hingerichtet. Dreieinhalb Millionen vollzogen durch die Flucht in den Westen „die Abstimmung mit den Füßen“. Wo zuvor eine Rassenideologie gewütet hatte wurde eine verschärfte Klassenideologie betrieben. Einer der Wenigen, der dafür seine Mitverantwortung und Schuld eingestanden und bereut hat, war Günter Schabowski. Er schrieb:

„Es war die Ideologie, der wir uns unterworfen hatten. Erst im Namen von Ideologien – seien es solche von roter, brauner oder inzwischen anderer Machart – potenziert sich Macht, wächst sich über Bevormundung, Gängelung, massenhafter Unterjochung bis hin zur Menschenvernichtung aus. Erst Ideologien uniformieren Individuen zu gefügigen Gruppen oder Massen mit gleichgeschalteten Hirnen. Erst im Zeichen von Ideologien kriminalisieren sich politische Systeme, selbst wenn sie meinen total humanistisch zu sein.“

Schon merkwürdig, dass man heute auf Leute trifft, die früher kritisch und ablehnend zur DDR standen. Sie aber rückwirkend in milderem Licht sehen oder sogar verteidigen. Eine DDR, die es so nie gab. Offenbar strahlt das Bild der DDR umso heller, je weiter sie zurück liegt. Paradoxerweise auch bei denen, die sie nicht aus eigenem Erleben kennen. Doch Vorsicht vor dem Leitspruch: „Mach es wie die Sonnenuhr, zähl die heitren Stunden nur!“

Dass die DDR tot sei, schrieb Ulrich Plenzdorf, sei eine Legende. All die Leute, die die DDR waren leben noch. Und sie halten ihre mittlerweile gefilterten Erinnerungen an den untergegangenen Staat wach und geben sie unreflektiert an ihre Kinder weiter. Nicht selten stehen Lerninhalte der Schule und die Gespräche im Elternhaus unvermittelt nebeneinander.

Begriffe wie der Brandenburger Weg, die kleine DDR oder der vom gelernten DDR-Bürger haben Brandenburg das Image einer mentalen Trutzburg eingebracht, wo nicht nur der rote Adler seine Kreise über dem Sumpf zieht. Damit meine ich nicht die als Ostalgie bezeichnete naiv-ironische Verklärung der Vergangenheit, die sich an den verschwundenen kleinen Dingen des Alltags orientiert und sich über deren Hinüberrettung in die neue Zeit freut. Das ist eher harmloser Kitsch und banale Trauerarbeit. Dass sich persönliche Erinnerungen mit zeitlich wachsendem Abstand färben, ist nur allzu menschlich und kein Spezifikum der Ostdeutschen. Auch die Westdeutschen denken gern an die alte Bundesrepublik zurück, als man von der Mauer von den Zumutungen des Ostens geschützt war.

Natürlich gab es ein normales, anständiges Leben im falschen System. Nur sollten wir das gut auseinander halten. Die Diskrepanz zwischen einer schönen Kindheit und Jugend, gefundener Liebe, geschlossenen Freundschaften, gemeinsamen Erlebnissen, erfolgreicher Berufsausbildung oder sportlichen Erfolgen einerseits und dem Bewusstsein, dass dies alles in einer gescheiterten Diktatur geschah, ist für viele schwer auszuhalten. Problematisch wird die Vermischung, der nachträgliche Bewusstseinswandel, wenn er von politischen Akteuren zur Verharmlosung der Diktatur genutzt wird. Das sollte man nicht unterschätzen. Der Kommunismus als Weltanschauung war zweifellos ein großer Irrtum, als Praxis des kollektiven Lebens wurde er zum großen Verbrechen. Aber als Traum von einer besseren und gerechten Welt, als Sehnsucht der Gedeemütigten und Erniedrigten hat er viele fasziniert. Noch immer und schon wieder gibt es deswegen Interessenvereinigungen und Veranstaltungen, die neue Wege zum Kommunismus erkunden. Den Menschen gefällt die Gleichheit mitunter mehr als die Freiheit. Um die Gleichheit zu erreichen sind sie bereit unter gewissen Umständen auf die Freiheit zu verzichten. Das war das Fundament auf dem das zunächst mächtige Gebäude des Weltkommunismus errichtet wurde.

1967 brachten Alexander und Magarete Mitscherlich den moralischen Skandal der unbewältigten NS-Vergangenheit auf den Begriff „Der Unfähigkeit zum Trauern“. An Stelle der Trauerarbeit, des Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten sei die Verleugnung der Vergangenheit getreten. Ihre Ursache sahen sie in der massenhaften Integration in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft. Was die SED-Diktatur betrifft ist eher die „Unwilligkeit zur Wahrheit“ festzustellen. In beiden totalitären Diktaturen war das Mitläuferwesen die populärste politische Fortbewegungsart. Der Sorglosigkeit der Mitläufer folgte die Milde des Vergessens. „Sie haben uns alles verziehen, was sie uns angetan...“ sang Wolf Biermann in seiner „Ballade vom Kirschenessen“. Ob der oft zitierte Satz von George Santayana stimmt: „Wer die Vergangenheit nicht erinnern kann, ist verurteilt, sie zu wiederholen“ – sei dahin gestellt.

Bekanntlich wiederholt sich die Geschichte nicht. Die nächsten Ereignisse sind meist anders gestrickt. Jüngstes Beispiel: Wer beim Terrorismus vor allem an den Linksterrorismus der RAF dachte, übersah den Rechtsterrorismus des NSU und hat es heute mit einem religiös verbrämten IS Terrorismus zu tun. Zutreffend ist allerdings, dass sich unsere Zukunft auch in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit entscheidet.

Diese Auseinandersetzung war in Brandenburg lange von der Causa Stolpe überschattet. Dabei haben die spektakulär und heiß umstrittenen Fälle des IM Sekretär und IM Notar leider auch die Grenzen dieser Aufklärung gezeigt. Denn die Offenlegung der Stasi-Akten führt ohne die ehrliche und rückhaltlose Offenheit der Betroffenen nur bedingt zur Wahrheitsfindung und Beurteilung. Deswegen war es eine kluge und weitsichtige Entscheidung des Brandenburger Landtages von der Sensation erheischenden Fixierung auf die Stasiakten und IM's wegzukommen und die entstandenen Defizite mit der Berufung einer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur zu beheben. Vorausgegangen waren allerdings Versäumnisse bei der Überprüfung von Mandatsträgern, der Justiz, der Verwaltung und im Bildungswesen. Peinliche Vorfälle, späte Enthüllungen und die Befürchtung, dass die rot-rote Landesregierung diese Probleme unter den Gebetsteppich der Beschwichtigung kehrt haben letztlich einen unabwendbaren Handlungsdruck erzeugt.

In dieser vertrackten Situation hat Ulrike Poppe ihren guten Namen und ihre Reputation eingebracht und der Landesregierung aus der Patsche geholfen. Ihre Bereitschaft sich dieser schwierigen Aufgabe zu stellen und ihre Arbeitsergebnisse der zurückliegenden Jahre verdienen höchste Anerkennung. In Kreisen der Bürgerrechtler war es durchaus umstritten, ob es angesichts der politischen Konstellation in Brandenburg und der verschleppten Probleme angeraten sei diese enorme Herausforderung zu übernehmen. Immerhin bestand die Gefahr als Feigenblatt für die Versäumnisse und Unwilligkeit gebraucht zu werden. Heute ist Dank der Leistungen dieser Behörde aus dem hinsichtlich Aufarbeitung unterbelichteten Brandenburg ein leuchtendes Beispiel für andere Bundesländer und Staaten mit vergleichbaren Problemen geworden. Dabei stand der Aufarbeitungsbeauftragten von Anfang an ein hoch kompetentes und engagiertes Team zur Verfügung, dass ihr organisatorisches Talent behutsam ausgeglichen und verstärkt hat.

In kürzester Zeit ist eine leistungsfähige Behörde entstanden. Ihre Bilanz ist beeindruckend. Die Arbeit der Behörde genießt hohe Akzeptanz. Das belegen die vielen Kooperationbeziehungen, das rege Interesse an Veranstaltungen und Ausstellungen und die zunehmende Zahl von regionalen Aufarbeitungsinitiativen, welche die Zusammenarbeit mit der Behörde suchen und Unterstützung finden. Die große Zahl der Bürgeranfragen spricht Bände. Wichtige Projekte, wie das zum „Militärgefängnis Schwedt“, ein Zeitzeugenportal und Multimedia Materialsammlungen wurden auf den Weg gebracht. Vor allem aber wurde eine Form der Aufarbeitung praktiziert, die nicht nur den intellektuellen Diskurs bedient, sondern Menschen miteinander ins Gespräch bringt. Und damit die Geschichte der DDR als die Geschichte ihrer Menschen, ihrer Taten, Wünsche, Hoffnungen, Enttäuschungen, Kompromisse und Verletzungen erfasst. Schließlich lebt die Geschichtsschreibung von Biografien. Ist die Erforschung von Lebenswegen und Schicksalen aufschlussreich für das Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Ein Schwergewicht war die Jugendbildungsarbeit. Denn auch im digitalen Zeitalter lassen sich die demokratischen Werte nicht einfach herunterladen. Sie müssen vermittelt und erlebt werden. Als offenes Lernen junger Menschen, um zu eigener Urteilsfähigkeit zu kommen. Darum sind die ausfindig gemachten Beispiele für Widerstand, Zivilcourage und Aufrichtigkeit so wichtig. Sind die Erinnerungen von Zeitzeugen ein Fundus für die politische Bildung. Geradezu Verständnis fördernd, warum es sich lohnt in der Demokratie und in einem Rechtsstaat zu leben und die demokratischen Grundrechte zu verteidigen. Das schließt die Lehrerweiterbildung mit ein, um Befangenheit und weiße Flecken zu überwinden.

Seit Januar 2010 wurde vielen Betroffenen bei der Akteneinsicht, Rehabilitierung und Entschädigung durch sachkundig subtile Beratungsgespräche und Recherchen geholfen. Künftig sollte gewährleistet sein, dass die Expertise der Aufarbeitung in die Anerkennungsverfahren und Leistungsbewilligungen der zuständigen Behörden einfließt. Auch sollten die Gutachter, die verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden beurteilen, ausreichende Kenntnisse über das Repressionssystem der DDR besitzen und dahingehend qualifiziert werden. Hier ist so etwas wie Wiedergutmachung ohnehin kaum möglich. Allein der Rückgewinn an Würde, das Verständnis der Behörden, der Abbau bürokratischer Hürden könnten helfen posttraumatische Belastungen zu vermeiden und Vertrauen in den Rechtsstaat zu gewinnen. Meist sind es irreversible Schäden, durchkreuzte Lebenswege und verlorene Lebenszeit, die sich im Wort Opfer niederschlagen.

Aus der Geschichte zu lernen, heißt im konkreten Fall, dass Anträge zur Rehabilitierung und für Ausgleichleistungen entfristet werden sollten, damit wir nicht wie bei der Zwangsarbeiterentschädigung mit viel Bedauern und erst sehr verspätet berechnete Ansprüche anerkennen. Ein äußerst wichtiger Arbeitsschwerpunkt war und ist die Aufarbeitung der DDR Heimerziehung. Speziell der vier Einrichtungen des Kombinats der Sonderheime, die sich auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Brandenburg befanden. Dabei hat sich die zusätzliche Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle und weiterführende Nachforschung als notwendig erwiesen. Das alles sind nur Stichworte, denn ich bin nicht in der Lage all die erbrachten Leistungen der Behörde auch nur ansatzweise zu nennen. Wer die Tätigkeitsberichte liest, ist tief beeindruckt von der umsichtig durchdachten Herangehensweise und immensen Arbeitsleistung der Behörde. Unterstützend war die Enquete Kommission des Landtages, die den Stand der Aufarbeitung ermittelt, den Übergang in die Bürgergesellschaft analysiert und Vorschläge zur Überwindung der festgestellten Defizite unterbreitet hat. So konnte und kann politisch Verfolgten durch den eingerichteten Härtefallfonds in prekären Situationen geholfen werden.

Mit der Berufung von Maria Nooke, die bisher als stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer gearbeitet und die Erinnerungsstätte Marienfelde geleitet hat, übernimmt eine erfahrene und kompetente Frau die Fortführung der Aufarbeitung. Das verspricht Kontinuität und die Erschließung weiterer Themen und Problemfelder.

Annähernd drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution ist das Interesse an der DDR-Geschichte und dem Umgang mit den Hinterlassenschaften der Diktatur ungebrochen. Entfaltet die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine Demokratie belebende Wirkung. Impulse, die auf ihre Weise die Bereitschaft zur Mitgestaltung eines sozialen und gerechten Gemeinwesens anregen. Gerade in Zeiten, in denen aus Bürgermündigkeit Bürgermüdigkeit und aus Politikverdrossenheit Politikverachtung geworden ist, sollten wir den Wutbürgern entgegenhalten woher wir kommen, was wir erreicht und überwunden haben. Damit nicht Hass und Intoleranz – die Wesensmerkmale jeglicher Gesinnungsdiktatur – alles nieder brüllen und womöglich wieder viel kaputt machen.

Die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg hat sich jedenfalls als ein wirksames Mittel gegen das schleichende V-Syndrom erwiesen: die Verdrängung, Verklärung, Verharmlosung und das Vergessen.

Daran sollten wir festhalten.